

Stand: 11.05.2025 16:24:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1078

"Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1078 vom 21.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1980 des WK vom 09.05.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2271 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild SPD**

Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz bei dem Beschluss über die Nachfolge des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre für eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen und für eine qualitativ hochwertige Lehre als Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen einzusetzen.

Dabei sollen die folgenden Schwerpunkte gesetzt werden:

1. Die Hochschulpaktmittel sollen ab 2021 dynamisiert werden, vergleichbar mit denen des Pakts für Forschung und Innovation. Dafür sollen die Bundesmittel und Ländermittel pro Jahr um jeweils um drei Prozent aufgestockt werden.
2. Bei der zukünftigen Finanzierung des Hochschulpakts muss eine Balance zwischen quantitativen Kriterien und qualitativen Aspekten des Studiums im Vordergrund stehen. Damit kann adäquat auf die gleich bleibend hohe Zahl der Studierenden und ihrer Diversität reagiert sowie die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden optimiert werden.
3. Stellen, die durch Finanzmittel des Hochschulpakts finanziert werden, müssen konsolidiert und entfristet werden. Denn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die besonders in der Lehre engagiert sind, müssen an den Hochschulen künftig auch die Perspektive haben, dauerhaft und entfristet beschäftigt zu sein.
4. Die neuen dauerhaften Handlungsspielräume durch den Hochschulpakt müssen dazu genutzt werden, die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft nach vorne zu bringen.
5. Beim Hochschulpakt müssen insbesondere auch die Lehrqualität und Betreuungsrelation an Hochschulen für angewandte Wissenschaften verbessert werden.
6. Die Finanzmittel aus dem Qualitätspakt Lehre müssen mindestens in gleicher Höhe wie im Hochschulpakt dauerhaft gesichert werden. Damit sollen allgemeine Lehrstandards entwickelt sowie fortlaufend innovative Lehrprojekte gefördert werden.

Begründung:

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz steht vor einem Beschluss zur Neuauflage des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre. Ziel soll sein, die Förderungen für die Hochschulen dauerhaft zu verstetigen, um deren Finanzierung mit einer langfristigen Perspektive zu stärken und zusätzliche Ressourcen zu schaffen, die auch der Lehrqualität zugutekommen. Grundvoraussetzung und wichtigster Baustein für gute Lehre

und gute Studienbedingungen ist eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung. Daneben birgt ein verlässliches finanzielles Engagement des Bundes die Chance, Lehrende nicht nur didaktisch aus- und weiterzubilden, sondern ihnen auch ausreichend Zeit für eine verbesserte Lehre zu geben.

Bei der jetzt anstehenden Neuformulierung der Pakte muss gesichert sein, dass die zielgerichtete Verwendung der Mittel erfolgt und möglichst umfassende Verbesserungen im Wissenschaftsbereich erreicht werden können. Auf die bisherigen Ziele des Kapazitätsausbaus müssen jetzt Qualitätsverbesserungen an den Hochschulen folgen.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat in ihren Forderungen zum neuen Hochschulpakt deutlich gemacht, dass die Fördermittel künftig mit einer jährlichen Steigerung um drei Prozent aufgestockt werden müssen. Vorbild ist die Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die ebenfalls jährliche Aufwüchse um drei Prozent verzeichnen und damit insgesamt besser finanziert sind als die Hochschulen. Die Hochschulvertreterinnen und -vertreter plädieren für mehr Planungssicherheit für ihre Wissenschaftseinrichtungen, um der wachsenden Nachfrage von Studienplätzen begegnen zu können und den Hochschulen mehr Möglichkeiten zur Forschung zu ermöglichen.

Die bisherigen Kriterien für die Vergabe der Paktmittel, die Bemessung auf Basis der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, werden den Zielen des Hochschulpaktes nicht mehr gerecht. Die Herausforderungen haben sich seit der Initiierung des Paktes 2007, als es vorrangig um die Bewältigung der wachsenden Studierendenzahlen ging, verändert. Heute müssen quantitativen Kriterien und qualitativen Aspekte des Studiums bei der Förderung im Vordergrund stehen.

Im Hochschulpakt muss auch eine Verbesserung der Arbeitssituation der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verankert werden. Dafür sollen die Mittel des Hochschulpakts an die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen geknüpft werden, indem die durch Paktmittel finanzierten Stellen konsolidiert und entfristet werden. Daueraufgaben erfordern auch Dauerstellen. Für verbesserte Betreuungsrelationen müssen auch rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Verstärkt sollen dabei Projekte zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft unterstützt werden.

Bisher konnten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften am Hochschulpakt nicht entsprechend ihrem Anteil an der Bewältigung der Studierendenzahlen profitieren. Die Verbesserung der Personalausstattung der Hochschulen und der Kapazitäten für Forschungsleistungen müssen im kommenden Pakt stärkere Bedeutung bekommen.

Mit dem Qualitätspakt Lehre werden die Hochschulen und Universitäten dabei unterstützt, die Betreuung der Studierenden und die Qualität der Lehre zu verbessern. Ziele des Programms sind eine bessere Personalausstattung von Hochschulen, ihre Unterstützung bei der Qualifizierung und Weiterqualifizierung ihres Personals sowie die Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre. Ziel der künftigen Förderung soll sein, die Erfahrungen und Erfolge der geförderten Lehrprojekte und Formate langfristig zu sichern, übertragbar zu machen und in die reguläre Studienstruktur einzubetten. Hierbei sollen Hochschulen auch darin unterstützt werden, Studiengänge und Studiensysteme neu auszurichten. Bund und Länder sollen sich gemeinsam darum bemühen, die Lehre zu stärken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a.
SPD
Drs. 18/1078**

Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christian Flisek**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Winfried Bausback**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 3. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild SPD

Drs. 18/1078, 18/1980

Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.

